

Nr. 777

**Verordnung
zum Gesetz über die Verkehrsabgaben und den
Vollzug des eidgenössischen
Strassenverkehrsrechtes *
(Strassenverkehrsverordnung)**

vom 9. Dezember 1986 (Stand 1. Januar 2014)

Der Regierungsrat des Kantons Luzern,

gestützt auf die §§ 5, 7, 14, 15, 17, 18 und 19 des Gesetzes über die Verkehrsabgaben und den Vollzug des eidgenössischen Strassenverkehrsrechtes vom 15. März 1994¹ sowie § 13 Absatz 1 des Gebührengesetzes vom 14. September 1993², auf Antrag des Militär-, Polizei- und Umweltschutzdepartementes,³ *

beschliesst:

1 Allgemeine Bestimmungen

§ 1 * *Grundsätzliche Zuständigkeit*

¹ Das Strassenverkehrsamt vollzieht das Strassenverkehrsrecht und das Gesetz über die Verkehrsabgaben und den Vollzug des eidgenössischen Strassenverkehrsrechtes vom 15. März 1994, wenn nichts anderes vorgesehen ist.

² Die Dienststelle Verkehr und Infrastruktur⁴ vollzieht die Strassensignalisationsverordnung vom 5. September 1979⁵. Besondere Regelungen bleiben vorbehalten.

¹ SRL Nr. [776](#). Auf dieses Gesetz wird im Folgenden nicht mehr hingewiesen.

² SRL Nr. [680](#). Auf dieses Gesetz wird im Folgenden nicht mehr hingewiesen.

³ Gemäss § 70 des Organisationsgesetzes vom 13. März 1995 (G 1995 263), in Kraft seit dem 1. Juli 1995 (K 1995 1895), wurde im Ingress und in den §§ 2 und 18 die Bezeichnung «Polizei- und Umweltschutzdepartement» durch «Militär-, Polizei- und Umweltschutzdepartement» ersetzt.

* Siehe Tabellen mit Änderungsinformationen am Schluss des Erlasses.

³ Die Luzerner Polizei⁶ ist die zuständige Behörde für die Bewilligung von sportlichen Veranstaltungen nach Artikel 52 des eidgenössischen Strassenverkehrsgesetzes vom 19. Dezember 1958⁷. *

§ 2 * *Aufsicht*

¹ Das zuständige Departement übt die Aufsicht aus. Es kann Weisungen erlassen.

§ 3 *Automatisierte Verfügungen*

¹ Automatisierte Verkehrssteuer-, Abgaben- und Gebührenverfügungen erfordern keine Unterschrift.

2 Verkehrssteuern

§ 4 * *Steueransätze für besondere Fahrzeugarten*

¹ Die jährlichen Verkehrssteuern betragen für:

- | | | |
|------|---|----------|
| a. * | Leichtmotorfahrzeuge, Kleinmotorräder, landw. Motorfahrzeuge | Fr. 50.– |
| b. | Loipenfahrzeuge, sofern sie ausschliesslich zur Herstellung von Langlaufspuren verwendet werden | Fr. 50.– |
| c. * | Arbeitsanhänger, landwirtschaftliche Anhänger sowie Anhänger an Motorrädern, Kleinmotorrädern, Leicht-, Klein- und dreirädrigen Motorfahrzeugen | Fr. 30.– |
| d. * | Motorfahrräder | Fr. 30.– |

² Für dreirädrige Motorfahrzeuge und Kleinmotorfahrzeuge bis 1 PS beträgt die Steuer Fr. 120.–; jede weitere PS beträgt Fr. 24.–. *

³ Für Fahrräder und Motorfahrräder mit elektrischem Antrieb wird keine Steuer erhoben. *

§ 4a * *Reduzierte Steuer*

¹ Die Verkehrssteuer nach § 13 des Gesetzes beträgt für Fahrzeuge mit Elektro-, Gas-, Wasserstoff-, Brennstoffzellen- oder Hybridantrieb 20 Prozent des tiefsten Steueransatzes der entsprechenden Fahrzeugart.

⁴ Gemäss Änderung vom 13. Februar 2004 der Verordnung über die Aufgaben der Departemente und der Staatskanzlei sowie die Gliederung der Departemente in Dienststellen, in Kraft seit dem 1. April 2004 (G 2004 76), wurde in den §§ 1, 17, 23b, 26a, 26c und 26d die Bezeichnung «Verkehrs- und Tiefbauamt» durch «Dienststelle Verkehr und Infrastruktur» ersetzt.

⁵ SR [741.21](#). Auf diese Verordnung wird im Folgenden nicht mehr hingewiesen.

⁶ Gemäss Änderung vom 10. November 2009, in Kraft seit dem 1. Januar 2010 (G 2009 369), wurde in den §§ 1 und 27a die Bezeichnung «Kantonspolizei» durch «Luzerner Polizei» ersetzt.

⁷ SR [741.01](#)

² Fahrzeughalter, welche die Steuervergünstigung beanspruchen, haben nachzuweisen, dass die Voraussetzungen erfüllt sind.

§ 4b * *Wechselschilder*

¹ Die jährliche Verkehrssteuer für Wechselschilder beträgt für

- | | | |
|----|--|-----------|
| a. | schwere Motorwagen | Fr. 240.– |
| b. | leichte Motorwagen | Fr. 80.– |
| c. | Transportanhänger über 2500 kg Gesamtgewicht | Fr. 60.– |
| d. | Transportanhänger bis 2500 kg Gesamtgewicht, Motorräder, gewerblich verwendete Traktoren, Arbeitsmotorwagen, Motorkarren, Motoreinachser | Fr. 30.– |

² Für die in § 15 des Gesetzes erwähnten Fahrzeugarten ist keine Verkehrssteuer für Wechselschilder zu entrichten.

§ 4c * *Tagesausweise*

¹ Die Verkehrssteuer für Tagesausweise beträgt für je 24 Stunden für

- | | | |
|----|--|----------|
| a. | leichte Motorwagen, Motorräder, Anhänger | Fr. 10.– |
| b. | schwere Motorwagen | Fr. 15.– |

² Für Fahrzeuge, die mit Tagesausweisen bei volkstümlichen Veranstaltungen eingesetzt werden, wird keine Steuer erhoben.

§ 4d * ...

§ 4e * *Abgabe für Sonderbewilligungen*

¹ Die jährliche Abgabe für Dauerbewilligungen beträgt für

- | | | |
|----|---|-----------|
| a. | Ausnahmefahrzeuge und Ausnahmetransporte mit Gewichtsüberschreitung | |
| 1. | bis 40 t Gesamtgewicht | Fr. 120.– |
| 2. | bis 50 t Gesamtgewicht | Fr. 240.– |
| 3. | bis 60 t Gesamtgewicht | Fr. 360.– |
| 4. | über 60 t Gesamtgewicht | Fr. 480.– |
| b. | Ausnahmefahrzeuge und Ausnahmetransporte mit Massüberschreitung (Breite, Länge, Höhe) | Fr. 120.– |
| c. | Ausnahmen vom Sonntags- und Nachtfahrverbot | Fr. 120.– |

² Keine Abgabe wird erhoben für landwirtschaftliche Fahrzeuge, Fahrzeuge im werkinternen Verkehr und Raupenfahrzeuge.

³ Die Abgabe wird ab Beginn des Monats berechnet, in dem die Bewilligung erteilt wurde.

⁴ Bei vorzeitiger definitiver Rückgabe der Dauerbewilligung werden über den laufenden Monat hinaus bezahlte Abgaben zurückerstattet.

⁵ Bei Fahrzeugwechsel werden bereits bezahlte Abgaben angerechnet.

§ 4f * *Steuerzuschlag*

¹ Der Steuerzuschlag nach § 14 des Gesetzes wird für leichte Motorwagen auf 30 Prozent festgelegt.

§ 5 * *Steuererlass oder Steuerermässigung*

¹ Anspruch auf Erlass oder Ermässigung der Verkehrssteuer nach § 6 Absatz 1a und b des Gesetzes haben Personen, deren steuerbares Einkommen 60 000 Franken nicht übersteigt.

² Die Steuer kann nur für ein Fahrzeug erlassen oder ermässigt werden. Für Wechselschilder wird keine Vergünstigung gewährt.

3 Bezug der Steuern, Abgaben und Gebühren ***§ 6 *** *Beginn und Ende der Steuerpflicht*

¹ Die Steuerpflicht beginnt am Tag der amtlichen Zulassung des Fahrzeugs oder in dem Zeitpunkt, in dem ein Fahrzeug mit luzernischen Kontrollschildern hätte versehen werden müssen. Sie endet mit dem Tag, an dem der Halter die Kontrollschilder zurückgibt.

² Die Verkehrssteuer ist ungeachtet des Zeitpunkts der Rückgabe der Kontrollschilder für mindestens 15 Tage zu entrichten.

§ 7 * *Steuerberechnung*

¹ Die Steuer wird nach den im nationalen Fahrzeugausweis eingetragenen Angaben berechnet.

² 1000 cm³ Hubraum entsprechen 5,093 Steuer-PS. Bei Fahrzeugen mit Elektro- oder Solarantrieb entspricht die angegebene Dauerleistung des Motors in Kilowatt der Anzahl Steuer-PS.

§ 8 * *Bezug*

¹ Das Strassenverkehrsamt stellt für die Bezahlung der Abgaben Rechnung und legt die Zahlungsfristen fest. In Härtefällen kann die Frist auf Gesuch hin erstreckt werden. *

² Die abgabepflichtige Person kann innert zehn Tagen seit Zustellung der Rechnung unentgeltlich einen beschwerdefähigen Entscheid verlangen.

³ ... *

⁴ Die Beträge werden auf ganze Franken berechnet, wobei Bruchteile bis 49 Rappen abgerundet und Bruchteile ab 50 Rappen aufgerundet werden.

§ 8a * *Barzahlung*

¹ Tagesausweise und Fahrzeugausweise bei provisorischer Immatrikulation von Fahrzeugen werden nur gegen Barzahlung der für die Gültigkeitsdauer geschuldeten Steuern und Abgaben erteilt.

² Das Strassenverkehrsamt kann von der abgabepflichtigen Person in weiteren begründeten Fällen (wie ausserkantonaler Wohnsitz, Zahlungsrückstände, Minderjährigkeit) Barzahlung verlangen.

§ 9 * *Zahlungsverzug*

¹ Bei Nichteinhaltung der Zahlungsfrist wird die abgabepflichtige Person gemahnt. Nach erfolgloser Mahnung erlässt das Strassenverkehrsamt eine Zahlungsverfügung; die Bearbeitungsgebühr beträgt 50 Franken. *

² Wird die Abgabe nach Zustellung der Zahlungsverfügung nicht entrichtet, werden der Fahrzeugausweis und die Kontrollschilder verweigert oder entzogen.

§ 10 * *Rückerstattung und Gutschrift*

¹ Werden die Kontrollschilder hinterlegt, werden dem Halter die bezahlten und nicht verfallenen Verkehrssteuern mit einer Anzeige gutgeschrieben oder zurückerstattet. Gutschriften sind auf Verlangen auszusahlen.

² Gutschriften werden bei einer Mutation verrechnet. Sie werden nicht verzinst.

§ 11 * *Kleinbeträge*

¹ Forderungen von weniger als 5 Franken werden nicht in Rechnung gestellt. Kundenguthaben von weniger als 5 Franken (nach Abzug der Zustellspesen) werden nicht zurückerstattet.

§ 12 * *Verjährung*

¹ Die Forderungen verjähren fünf Jahre nach Ablauf des Kalenderjahrs, in dem sie fällig geworden sind.

² Irrtümlich bezahlte Verkehrssteuern, Abgaben und Gebühren kann der Pflichtige innert fünf Jahren zurückfordern.

4 Medizinische und psychologische Untersuchungen *

§ 13 * *Zuständige Personen und Stellen*

¹ Das Strassenverkehrsamt ernennt die Ärztinnen und Ärzte, die vertrauensärztliche Untersuchungen von Fahrzeugführerinnen und -führern vornehmen dürfen.

² Es bezeichnet die Stellen, die verkehrsmedizinische und verkehrspsychologische Eignungsuntersuchungen vornehmen dürfen.

§ 14 * *Voraussetzungen*

¹ Zu Vertrauensärztinnen oder -ärzten können Personen ernannt werden, die mindestens folgende Voraussetzungen erfüllen:

- a. Facharzttitel für Allgemeinmedizin oder Innere Medizin,
- b. mehrjährige Berufserfahrung als Facharzt oder Fachärztin in der Allgemeinmedizin oder der Inneren Medizin,
- c. Berufsausübungsbewilligung für den Kanton Luzern als Arzt oder Ärztin.

§ 14a * *Bewerbungsverfahren*

¹ Wer sich als Vertrauensarzt oder -ärztin bewirbt, hat dem Strassenverkehrsamt ein schriftliches Gesuch mit Nachweisen über die Ausbildung, die bisherigen medizinischen Tätigkeiten und die Berufsausübungsbewilligung einzureichen.

§ 14b * *Ernennung*

¹ Die Ernennung zum Vertrauensarzt oder zur Vertrauensärztin erfolgt durch Verfügung.

² Das Amt ist auf fünf Jahre befristet. Es erneuert sich automatisch um jeweils fünf Jahre, sofern das Strassenverkehrsamt die Ernennung nicht widerruft.

³ Fällt eine Voraussetzung für die Ernennung nachträglich dahin, ist das Strassenverkehrsamt umgehend zu benachrichtigen.

⁴ Die Liste der Vertrauensärztinnen und -ärzte wird im Internet veröffentlicht.

5 Verkehrsunterricht

§ 15 *Anordnung der Teilnahme*

¹ Das Strassenverkehrsamt kann für Fahrzeugführer, die wiederholt in verkehrsgefährdender Weise gegen Verkehrsregeln verstossen haben, die Teilnahme am Verkehrsunterricht anordnen.

§ 16 *Durchführung*

¹ Das Strassenverkehrsamt organisiert den Verkehrsunterricht. Es zieht Fachleute bei.

6 Kontrollschilder ***§ 16a *** *Ausgabe*

¹ Kontrollschilder dürfen nur vom Strassenverkehrsamt bezogen werden. Sie werden leihweise abgegeben und bleiben im Eigentum des Staates, ausgenommen befristete Schilder.

² Unleserliche oder verbogene Kontrollschilder werden auf Kosten des Fahrzeughalters ersetzt.

§ 16b * *Hinterlegung*

¹ Werden Kontrollschilder hinterlegt, bleiben sie für mindestens ein Jahr auf den Namen des Halters reserviert.

§ 16c * *Übertragung*

¹ Kontrollschilder mit weissem Grund und schwarzer Schrift sind nicht übertragbar.

² Davon ausgenommen ist die Übertragung von solchen Kontrollschildern

- a. auf Geschwister sowie auf Personen, die in gerader Linie mit dem alten Halter verwandt sind,
- b. * auf Ehegatten und auf eingetragene Partner,
- c. bei Übernahme von Geschäftsfahrzeugen infolge Kauf, Umstrukturierung, Namensänderung eines Unternehmens und dergleichen, sofern der neue Halter im Handelsregister eingetragen ist,
- d. bei Firmengründungen, wenn der Gründer sein privates Fahrzeug in die Firma einbringt und diese im Handelsregister eingetragen ist.

7 Strassensignalisation ***7.1 Zuständigkeit *****§ 17 *** *Dienststelle Verkehr und Infrastruktur*

¹ Die Dienststelle Verkehr und Infrastruktur ist auf den öffentlichen Strassen für Verkehrsanordnungen zuständig. Besondere Regelungen bleiben vorbehalten.

² Die Änderung der allgemeinen Höchstgeschwindigkeiten auf Nationalstrassen ist Sache des Regierungsrates.

§ 18 * *Gemeinden*

¹ Die Gemeinden sind ausser auf Nationalstrassen⁸ und Kantonsstrassen⁹ sowie in deren Verknüpfungsbereich mit anderen Strassen für Verkehrsanordnungen zuständig, sofern ihnen der Regierungsrat auf Gesuch hin die Kompetenz dazu erteilt hat.

§ 19 * *Polizei*

¹ Die Polizei trifft Verkehrsanordnungen zur sofortigen Abwendung von Gefahren im Strassenverkehr, zur kurzfristigen Bekämpfung von hohen Luftschadstoffbelastungen infolge austauscharmer Wetterlagen sowie bei Veranstaltungen wie Umzügen, Märkten und Sportanlässen. *

² Sollen solche Anordnungen länger als acht Tage gelten, sind sie von der zuständigen Behörde zu genehmigen.

³ Die Polizei ist für die Verkehrsinformation zuständig und überwacht die Baustellensignalisation. *

§ 20 * ...

§ 21 * ...

§ 22 * ...

7.2 Verfahren *

§ 23 * *Veranstaltungen*

¹ Bei Veranstaltungen, die einen Einsatz von mehr als sieben Personaleinsatztagen vorsehen, haben die Veranstalter zuhanden der Polizei ein Verkehrskonzept zu erstellen.

§ 23a * *Bauunternehmen*

¹ Bauunternehmen müssen Arbeiten, die sich auf den Strassenverkehr auswirken, mindestens zehn Tage vor deren Beginn der für die Signalisation zuständigen Behörde melden. Diese trifft die erforderlichen Anordnungen.

⁸ vgl. Bundesbeschluss über das Nationalstrassennetz vom 21.6.1960, SR [725.113.11](#).

⁹ vgl. Grossratsbeschluss über die Einreihung der Kantonsstrassen vom 8.9.1998, SRL Nr. [757](#).

² Die Meldepflicht entfällt für Baustellen, die mit Gefahrensignalen, Abschränkungen oder Drehkellen genügend gesichert werden können.

§ 23b * *Meldepflicht*

¹ Die Gemeinden melden Verkehrsanordnungen über Fahrverbote, Mass- und Gewichtsbeschränkungen sowie Änderungen von Höchstgeschwindigkeiten mindestens 20 Tage vor deren Veröffentlichung der Dienststelle Verkehr und Infrastruktur und stellen ihr die erforderlichen Unterlagen zu.

§ 24 * *Veröffentlichung*

¹ Verkehrsanordnungen nach Artikel 107 Absatz 1 der Strassensignalisationsverordnung sind im Kantonsblatt zu veröffentlichen.

§ 25 * ...

§ 26 * *Einsprachen*

¹ Über Einsprachen nach Artikel 106 Absatz 1 der Strassensignalisationsverordnung entscheidet die Behörde, die für die Anordnung der Signale und Markierungen zuständig ist.

§ 26a * *Beschwerden*

¹ Verkehrsanordnungen und Einspracheentscheide können beim Kantonsgericht¹⁰ angefochten werden. *

² Die Dienststelle Verkehr und Infrastruktur ist berechtigt, Verkehrsanordnungen der Gemeinden anzufechten.

§ 26b * *Verzeichnis*

¹ Die Behörden führen über ihre Verkehrsanordnungen ein Verzeichnis.

§ 26c * *Ausführung von Verkehrsanordnungen*

¹ Bei National- und Kantonsstrassen führt die Dienststelle Verkehr und Infrastruktur, bei den übrigen Strassen die Gemeinde die Verkehrsanordnungen aus.

¹⁰ Gemäss Änderung vom 30. April 2013, in Kraft seit dem 1. Juni 2013 (G 2013 187), wurde die Bezeichnung «Verwaltungsgericht» durch «Kantonsgericht» ersetzt.

§ 26d * *Gebühren*

¹ Veranlasst eine Gemeinde die Prüfung einer Strassensignalisation, kann die Dienststelle Verkehr und Infrastruktur eine Gebühr erheben. Diese bemisst sich nach dem Zeit- und Arbeitsaufwand, wobei von einem Stundenansatz von 50 bis 180 Franken ausgegangen wird.

² Zur Gebühr können die Ausfertigungskosten gemäss Gebührentarif und Kostenverordnung für die Staatsverwaltung vom 28. Mai 1982¹¹ sowie die Auslagen gemäss Gebührengesetz vom 14. September 1993 in Rechnung gestellt werden.

³ Im Übrigen richten sich die Gebührenerhebung und der Rechtsschutz nach den Bestimmungen des Gebührengesetzes, soweit nicht das Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege¹² zur Anwendung gelangt.

§ 27 * ...

8 Arbeits- und Ruhezeit der berufsmässigen Motorfahrzeugführer und -führerinnen *

§ 27a *

¹ Die Luzerner Polizei ist die zuständige Behörde nach der Verordnung über die Arbeits- und Ruhezeit der berufsmässigen Motorfahrzeugführer und -führerinnen vom 19. Juni 1995¹³ (Chauffeurverordnung, ARV 1) und der Verordnung über die Arbeits- und Ruhezeit der berufsmässigen Führer von leichten Personentransportfahrzeugen und schweren Personenwagen vom 6. Mai 1981¹⁴ (ARV 2).

² Das Strassenverkehrsamt ist zuständig für Administrativmassnahmen.

9 Schlussbestimmungen

§ 28 * *Aufhebung bisherigen Rechts*

¹ Die Vollzugsverordnung zum Gesetz über die Verkehrsabgaben und den Vollzug des eidgenössischen Strassenverkehrsrechtes vom 23. Dezember 1983¹⁵ wird aufgehoben.

¹¹ SRL Nr. [681](#)

¹² SRL Nr. [40](#)

¹³ SR [822.221](#)

¹⁴ SR [822.222](#)

¹⁵ G 1983 253

§ 29 * *Inkrafttreten*

¹ Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1987 in Kraft. Sie ist zu veröffentlichen.

Änderungstabelle - nach Paragraf

Element	Beschlussdatum	Inkrafttreten	Änderung	Fundstelle G
Erlass	09.12.1986	01.01.1987	Erstfassung	G 1986 262
Erlassstitel	07.12.1999	01.01.2000	geändert	G 1999 338
Ingress	07.12.1999	01.01.2000	geändert	G 1999 338
§ 1	07.12.1999	01.01.2000	geändert	G 1999 338
§ 1 Abs. 3	02.12.2003	01.01.2004	geändert	G 2003 381
§ 2	07.12.1999	01.01.2000	geändert	G 1999 338
§ 4	09.08.1994	01.10.1994	geändert	G 1994 175
§ 4 Abs. 1, a.	19.12.1995	01.01.1996	geändert	G 1995 544
§ 4 Abs. 1, c.	19.12.1995	01.01.1996	geändert	G 1995 544
§ 4 Abs. 1, d.	10.12.1996	01.01.1997	geändert	G 1996 355
§ 4 Abs. 2	19.12.1995	01.01.1996	eingefügt	G 1995 544
§ 4 Abs. 3	21.06.2002	01.01.2003	eingefügt	G 2002 177
§ 4a	21.06.2002	01.01.2003	geändert	G 2002 177
§ 4b	09.08.1994	01.10.1994	eingefügt	G 1994 175
§ 4c	09.08.1994	01.10.1994	eingefügt	G 1994 175
§ 4d	21.02.2003	01.04.2003	aufgehoben	G 2003 25
§ 4e	09.08.1994	01.10.1994	eingefügt	G 1994 175
§ 4f	21.06.2002	01.01.2003	eingefügt	G 2002 177
§ 5	09.08.1994	01.10.1994	geändert	G 1994 175
Titel 3	09.08.1994	01.10.1994	geändert	G 1994 175
§ 6	21.02.2003	01.04.2003	geändert	G 2003 25
§ 7	09.08.1994	01.10.1994	geändert	G 1994 175
§ 8	12.12.2000	01.01.2001	geändert	G 2000 408
§ 8 Abs. 1	11.12.2007	01.01.2008	geändert	G 2007 539
§ 8 Abs. 3	16.12.2003	01.01.2004	aufgehoben	G 2003 442
§ 8a	16.12.2003	01.01.2004	eingefügt	G 2003 442
§ 9	10.12.1996	01.01.1997	geändert	G 1996 355
§ 9 Abs. 1	26.11.2013	01.01.2014	geändert	G 2013 618
§ 10	21.02.2003	01.04.2003	geändert	G 2003 25
§ 11	09.08.1994	01.10.1994	geändert	G 1994 175
§ 12	09.08.1994	01.10.1994	geändert	G 1994 175
Titel 4	11.12.2007	01.01.2008	geändert	G 2007 539
§ 13	11.12.2007	01.01.2008	geändert	G 2007 539
§ 14	11.12.2007	01.01.2008	geändert	G 2007 539
§ 14a	11.12.2007	01.01.2008	eingefügt	G 2007 539
§ 14b	11.12.2007	01.01.2008	eingefügt	G 2007 539
Titel 6	12.12.2000	01.01.2001	eingefügt	G 2000 408
§ 16a	12.12.2000	01.01.2001	eingefügt	G 2000 408
§ 16b	04.12.2012	01.01.2013	geändert	G 2012 373
§ 16c	12.12.2000	01.01.2001	eingefügt	G 2000 408
§ 16c Abs. 2, b.	01.12.2006	01.01.2007	geändert	G 2006 377
Titel 7	27.11.1987	01.01.1988	eingefügt	G 1987 300
Titel 7.1	27.11.1987	01.01.1988	eingefügt	G 1987 300
§ 17	07.12.1999	01.01.2000	geändert	G 1999 338
§ 18	07.12.1999	01.01.2000	geändert	G 1999 338
§ 19	07.12.1999	01.01.2000	geändert	G 1999 338
§ 19 Abs. 1	12.12.2006	01.01.2007	geändert	G 2006 400
§ 19 Abs. 3	04.04.2006	01.05.2006	geändert	G 2006 56
§ 20	07.12.1999	01.01.2000	aufgehoben	G 1999 338
§ 21	07.12.1999	01.01.2000	aufgehoben	G 1999 338
§ 22	07.12.1999	01.01.2000	aufgehoben	G 1999 338
Titel 7.2	27.11.1987	01.01.1988	eingefügt	G 1987 300
§ 23	07.12.1999	01.01.2000	aufgehoben	G 1999 338
§ 23	22.11.2002	01.01.2003	eingefügt	G 2002 541
§ 23a	07.12.1999	01.01.2000	eingefügt	G 1999 338
§ 23b	07.12.1999	01.01.2000	eingefügt	G 1999 338
§ 24	07.12.1999	01.01.2000	geändert	G 1999 338
§ 25	07.12.1999	01.01.2000	aufgehoben	G 1999 338
§ 26	07.12.1999	01.01.2000	geändert	G 1999 338
§ 26a	07.12.1999	01.01.2000	eingefügt	G 1999 338

Element	Beschlussdatum	Inkrafttreten	Änderung	Fundstelle G
§ 26a Abs. 1	22.11.2002	01.01.2003	geändert	G 2002 541
§ 26b	07.12.1999	01.01.2000	eingefügt	G 1999 338
§ 26c	07.12.1999	01.01.2000	eingefügt	G 1999 338
§ 26d	07.12.1999	01.01.2000	eingefügt	G 1999 338
§ 27	07.12.1999	01.01.2000	aufgehoben	G 1999 338
Titel 8	05.02.1999	01.03.1999	eingefügt	G 1999 17
§ 27a	05.02.1999	01.03.1999	eingefügt	G 1999 17
§ 28	27.11.1987	01.01.1988	geändert	G 1987 300
§ 29	27.11.1987	01.01.1988	geändert	G 1987 300

Änderungstabelle - nach Beschlussdatum

Beschlussdatum	Inkrafttreten	Element	Änderung	Fundstelle G
09.12.1986	01.01.1987	Erlass	Erstfassung	G 1986 262
27.11.1987	01.01.1988	Titel 7	eingefügt	G 1987 300
27.11.1987	01.01.1988	Titel 7.1	eingefügt	G 1987 300
27.11.1987	01.01.1988	Titel 7.2	eingefügt	G 1987 300
27.11.1987	01.01.1988	§ 28	geändert	G 1987 300
27.11.1987	01.01.1988	§ 29	geändert	G 1987 300
09.08.1994	01.10.1994	§ 4	geändert	G 1994 175
09.08.1994	01.10.1994	§ 4b	eingefügt	G 1994 175
09.08.1994	01.10.1994	§ 4c	eingefügt	G 1994 175
09.08.1994	01.10.1994	§ 4e	eingefügt	G 1994 175
09.08.1994	01.10.1994	§ 5	geändert	G 1994 175
09.08.1994	01.10.1994	Titel 3	geändert	G 1994 175
09.08.1994	01.10.1994	§ 7	geändert	G 1994 175
09.08.1994	01.10.1994	§ 11	geändert	G 1994 175
09.08.1994	01.10.1994	§ 12	geändert	G 1994 175
19.12.1995	01.01.1996	§ 4 Abs. 1, a.	geändert	G 1995 544
19.12.1995	01.01.1996	§ 4 Abs. 1, c.	geändert	G 1995 544
19.12.1995	01.01.1996	§ 4 Abs. 2	eingefügt	G 1995 544
10.12.1996	01.01.1997	§ 4 Abs. 1, d.	geändert	G 1996 355
10.12.1996	01.01.1997	§ 9	geändert	G 1996 355
05.02.1999	01.03.1999	Titel 8	eingefügt	G 1999 17
05.02.1999	01.03.1999	§ 27a	eingefügt	G 1999 17
07.12.1999	01.01.2000	Erlassstitel	geändert	G 1999 338
07.12.1999	01.01.2000	Ingress	geändert	G 1999 338
07.12.1999	01.01.2000	§ 1	geändert	G 1999 338
07.12.1999	01.01.2000	§ 2	geändert	G 1999 338
07.12.1999	01.01.2000	§ 17	geändert	G 1999 338
07.12.1999	01.01.2000	§ 18	geändert	G 1999 338
07.12.1999	01.01.2000	§ 19	geändert	G 1999 338
07.12.1999	01.01.2000	§ 20	aufgehoben	G 1999 338
07.12.1999	01.01.2000	§ 21	aufgehoben	G 1999 338
07.12.1999	01.01.2000	§ 22	aufgehoben	G 1999 338
07.12.1999	01.01.2000	§ 23	aufgehoben	G 1999 338
07.12.1999	01.01.2000	§ 23a	eingefügt	G 1999 338
07.12.1999	01.01.2000	§ 23b	eingefügt	G 1999 338
07.12.1999	01.01.2000	§ 24	geändert	G 1999 338
07.12.1999	01.01.2000	§ 25	aufgehoben	G 1999 338
07.12.1999	01.01.2000	§ 26	geändert	G 1999 338
07.12.1999	01.01.2000	§ 26a	eingefügt	G 1999 338
07.12.1999	01.01.2000	§ 26b	eingefügt	G 1999 338
07.12.1999	01.01.2000	§ 26c	eingefügt	G 1999 338
07.12.1999	01.01.2000	§ 26d	eingefügt	G 1999 338
07.12.1999	01.01.2000	§ 27	aufgehoben	G 1999 338
12.12.2000	01.01.2001	§ 8	geändert	G 2000 408
12.12.2000	01.01.2001	Titel 6	eingefügt	G 2000 408
12.12.2000	01.01.2001	§ 16a	eingefügt	G 2000 408
12.12.2000	01.01.2001	§ 16c	eingefügt	G 2000 408
21.06.2002	01.01.2003	§ 4 Abs. 3	eingefügt	G 2002 177
21.06.2002	01.01.2003	§ 4a	geändert	G 2002 177
21.06.2002	01.01.2003	§ 4f	eingefügt	G 2002 177
22.11.2002	01.01.2003	§ 23	eingefügt	G 2002 541
22.11.2002	01.01.2003	§ 26a Abs. 1	geändert	G 2002 541
21.02.2003	01.04.2003	§ 4d	aufgehoben	G 2003 25
21.02.2003	01.04.2003	§ 6	geändert	G 2003 25
21.02.2003	01.04.2003	§ 10	geändert	G 2003 25
02.12.2003	01.01.2004	§ 1 Abs. 3	geändert	G 2003 381
16.12.2003	01.01.2004	§ 8 Abs. 3	aufgehoben	G 2003 442
16.12.2003	01.01.2004	§ 8a	eingefügt	G 2003 442
04.04.2006	01.05.2006	§ 19 Abs. 3	geändert	G 2006 56
01.12.2006	01.01.2007	§ 16c Abs. 2, b.	geändert	G 2006 377

Beschlussdatum	Inkrafttreten	Element	Änderung	Fundstelle G
12.12.2006	01.01.2007	§ 19 Abs. 1	geändert	G 2006 400
11.12.2007	01.01.2008	§ 8 Abs. 1	geändert	G 2007 539
11.12.2007	01.01.2008	Titel 4	geändert	G 2007 539
11.12.2007	01.01.2008	§ 13	geändert	G 2007 539
11.12.2007	01.01.2008	§ 14	geändert	G 2007 539
11.12.2007	01.01.2008	§ 14a	eingefügt	G 2007 539
11.12.2007	01.01.2008	§ 14b	eingefügt	G 2007 539
04.12.2012	01.01.2013	§ 16b	geändert	G 2012 373
26.11.2013	01.01.2014	§ 9 Abs. 1	geändert	G 2013 618